

# Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben  
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands  
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.  
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Fernsprecher N 8538.  
Redaktionschluß Montags  
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-  
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 26

Cöln, den 20. Dezember 1913.

I. Jahrgang.

## Dritter deutscher Arbeiterkongress.

I.

In den Tagen vom 30. November bis 3. Dezember hielt die christlich-nationale Arbeiterbewegung im Lehrervereins-  
hause in Berlin ihren 3. Kongress ab. Ueber 400 Delegierte  
und Delegiertinnen waren als Vertreter der 1 $\frac{1}{4}$  Million  
christlich-national organisierter Arbeiter erschienen. Wie auf  
den früheren Kongressen, 1903 in Frankfurt und 1907 in Ber-  
lin, galt es auch diesmal, zu wichtigen Lebensfragen der Ar-  
beiterschaft Stellung zu nehmen. Das ist denn auch mit er-  
freulichem Erfolge geschehen; Anlaß dazu war wahrlich  
genug vorhanden. Die drohenden Gewitterwolken, die sich  
über der bewährten gesetzlichen Sozialreform zusammenge-  
zogen hatten, mußten zerstreut werden. Dem Kampf der  
Scharfmacher gegen die gesamte Sozialreform ist ein ener-  
gisches Halt zugerufen. Eine Warnungstafel wurde aufge-  
richtet für die Angehörigen der Landwirtschaft und des  
Mittelstandes, sich nicht ins Schlepptau der Großindustriellen  
zur Bekämpfung der Arbeiterforderungen nehmen zu lassen.

In eindringlicher Weise wurde auf die Gefahr hinge-  
wiesen, die einem großen Teil unseres Volkes in der steten  
Verteuerung der Lebensmittel erwächst. Ebenso galt es  
Stellung zu nehmen zu den Versuchen, durch gesetzliche Ein-  
greifen der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu nehmen, mittels  
der Selbsthilfe sich einen größeren Anteil an dem Ertrage  
des deutschen Erwerbslebens zu sichern. Stellung nahm der  
Kongress zu zwei weiteren Fragen, die ebenfalls von der  
allergrößten Bedeutung für die sozialen Zustände eines Vol-  
kes sind, zur Wohnungsfrage und Arbeitslosenfrage. Wer  
die Wohnungsfrage richtig verstehen will, muß selbst einmal  
als Familienvater mit kleinem Einkommen in einer Groß-  
stadt auf der Wohnungssuche gewesen sein. Nicht minder  
aktuell war die Behandlung der Arbeitslosenversicherung, ein  
Gegenstand, der endlich einmal aus dem Stadium der Er-  
wägungen und kritischen Würdigung herauskommen und zur  
praktischen Tat werden muß.

Es darf ruhig gesagt werden, der dritte deutsche Arbeiter-  
kongress war, neben dem Essener Gewerkschaftskongress im  
vergangenen Jahre, die wichtigste Arbeitertagung der letzten  
10 Jahre. Das erhellt auch aus der großen Beachtung, die  
diese Tagung seitens der Regierung, den politischen Parteien,  
der gesamten Presse, wie überhaupt aller direkt und indirekt  
an den behandelten Fragen Beteiligten, gefunden hat.

Selbst die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung  
nicht freundlich gesinnte Presse mußte zugeben, daß die Ber-  
anstanter und, was das Wichtigste ist, die deutsche Arbeiter-  
schaft, mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden sein könn-

ten. Selbstverständlich ist die Sozialdemokratie, die nach  
ihren eigenen Zeitungen sich das Zeugnis ausstellen ließ, daß  
auf ihren Tagungen den Arbeitern Steine statt Brot gegeben  
würde, mit der Tagung nicht zufrieden. Ist doch durch diese  
Veranstaltung erneut festgestellt, daß die deutsche Sozial-  
demokratie nicht die einzige Arbeiterbewegung in Deutsch-  
land ist, sondern daß neben ihr noch eine andere Bewegung  
besteht, die mindestens die gleiche, wenn nicht eine größere  
Bedeutung für Staat und Volk besitzt.

\* \* \*

Der Kongress wurde durch eine imposante  
Begrüßungsfeier

eingeleitet, die Sonntagmittags stattfand. Kollege Behrens  
als Vorsitzender des Kongressausschusses eröffnete dieselbe mit einer  
Ansprache, in der er der früheren Kongresse und ihrer Aufgaben  
gedachte und ein treffendes Bild der Aufgaben des jetzigen Kon-  
gresses und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zeichnete.  
Er schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, an den ein Telegramm  
abgeschickt wurde.

Zahlreiche Ehrengäste nahmen an dem Feste teil. Die Reichs-  
regierung war vertreten durch den Geheimrat Dr. Sieffahrt.  
Derselbe vertrat auch gleichzeitig den Minister für Handel und  
Gewerbe, welcher wegen Krankheit verhindert war. Unter den  
Ehrengästen bemerkte man auch die bekannten Sozialpolitiker  
Grafen Posadowsky und Freiherrn von Berlepsch. Die bürgerlichen  
Parteien, die konservative, freikonservative, Zentrums- und natio-  
nalliberale Partei, sowie die wirtschaftliche Vereinigung, waren mit  
zahlreichen Abgeordneten vertreten. Begrüßungsansprachen wurden  
gehalten von dem Geh. Regierungsrat Sieffahrt, und den Abgeord-  
neten Graf Karmer, Linz, Mumm, Spahn, Dr. Böttger und  
Grafen Posadowsky. Dann sprachen: für die Gesellschaft für soziale  
Reform Freiherr von Berlepsch, für die innere evangelische Mission  
Pfarrer Scheffel, für den Volksverein für das katholische Deutsch-  
land Dr. Pieper, für die kirchlich-soziale Konferenz Dr. Seeburg,  
für den Bund der Bodenreformer Dr. Krahmeier, für die christ-  
lichen Arbeiter Oesterreichs Herr Spalowsky, für die evangelisch  
soziale Schule in Bielefeld Pastor Jäger und für die Volksver-  
sicherung Geheimrat Dr. Rose. Herr Professor Dr. Siße, Dr.  
Weber, Dr. Drauns, Dr. Franke und Herr Schneemelcher hatten  
Entschuldigungs schreiben gesandt. Die Berliner freisinnig-sozial-  
demokratische Stadtverwaltung war nicht vertreten.

Zu Vorsitzenden des Kongresses wurden die Kollegen Behrens  
und Stegerwald gewählt. Kollege Behrens erstattet dann den  
Bericht des Ausschusses

des deutschen Arbeiterkongresses.

Der Ausschuss nahm in der Berichtszeit (seit 1907) u. a. Stel-  
lung zu dem Arbeitskammergesetz-Entwurf. In einer vielbeachteten  
Entscheidung wies er die anlässlich des Marokkokonflikts von so-

zialdemokratischer Seite betätigte Agitation für den politischen Massenstreik im Falle kriegerischer Verwicklungen kräftig zurück. Ferner regte er mit Erfolg die Verlängerung der Amtsdauer der Mitglieder des Reichsversicherungsamts bis zur Neuordnung der Versicherungsbehörden nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung an. Auf Veranlassung und unter tatkräftiger Mitwirkung des Ausschusses wurden der Gesamtverband Deutscher Krankenkassen und die Zeitschrift „Die Krankenversicherung“ gegründet. Auf dem Gebiete der Volksversicherung betätigte sich der Ausschuß durch Mitwirkung bei Gründung der „Deutschen Volksversicherung A.-G.“.

Unsere Bewegung ist in der Berichtszeit wieder stark gewachsen und hat schöne Erfolge errungen. Bei den Vertreterwahlen zur Angestellten-Versicherung hat der Deutschnationale Handlungsgesellschaftenverband vorzüglich abgeschnitten und die in diesem Herbst bis heute stattgefundenen Wahlen zu den Krankenkassen-Ausschüssen und -Vorständen, bei denen unsere Kongreßverbände gemeinschaftlich vorgingen, haben uns sehr schöne Erfolge gebracht. In einer großen Reihe von Städten, wo die Krankenversicherung bisher von der Sozialdemokratie beherrscht wurde, ist ein ganz anderer Zustand geschaffen worden, und in vielen Ortskrankenkassen haben unsere christlich-nationalen Arbeiter die Mehrheit, bzw. diese Vertretungen sind vollständig von uns besetzt.

Es ist selbstverständlich, daß wir an dem Regierungsjubiläum unseres Kaisers lebhaften Anteil nahmen und mehrere unserer Verbände Adressen durch Abordnungen überreichen ließen.

Zu Gegensatz zu dem Bericht von 1907 kann ich heute feststellen, daß ein Teil unserer Forderungen gesetzlichen Niederschlag gefunden haben. Zwar scheiterte das Zustandekommen der Arbeitskammern und der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Dagegen gelangte ein Reichsvereinsgesetz zur Verabschiedung. Auf dem Gebiete der sozialen Versicherung ist an die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung und an die Angestellten-Versicherung zu erinnern. Das von unserem zweiten Kongreß geforderte Verhältniswahlrecht für alle sozialen Wahlen ist durch diese Gesetze für ihren Geltungsbereich eingeführt worden. Verabschiedet wurden ferner ein Stellenvermittlergesetz, das den größten Auswüchsen auf diesem Gebiet entgegenwirkt, und ein Hausarbeitsgesetz, welches unsere Kollegen und Kolleginnen aus der Heimarbeit so dringend verlangten. Der Vergarbeiterchutz fand durch Einführung der Sicherheitsmänner eine Erweiterung; ebenso wurden in das Waldgesetz arbeiterfreundliche, den Arbeiterschutz fördernde Bestimmungen aufgenommen. Zwei sozialpolitische Novellen zur Gewerbeordnung wurden verabschiedet. Durch sie fand eine Abänderung der Bestimmungen statt, die den Arbeiterschutz regeln.

Der Schutz der Jugendlichen und Frauen wurde erweitert, deren Nachtarbeit und Beschäftigung in besonders gefährlichen Betrieben verboten. Durch eine Bundesratsverordnung wurden Vorschriften für den Arbeiterschutz in der Schwereisenindustrie, Hütten- und Walzwerken usw. eingeführt. Die 1907 geforderte Ausdehnung der Sonntagsruhe ist leider in unzureichendem Umfange in diesen Tagen dem Reichstage als Geschenkwurf vorgelegt worden.

Es ist also auf sozialpolitischem Gebiet in der Berichtszeit vorwärts gegangen und eine größere Anzahl unserer Wünsche sind berücksichtigt worden. Unsere Bewegung hat inzwischen auch durch bessere Vertretung in den Gemeindeverwaltungen und Parlamenten Fortschritte gemacht. Unsere Stellung zur sozialdemokratischen Bewegung hat sich selbstverständlich grundsätzlich nicht geändert. Alle Pressenachrichten dieser Art beruhen auf irtümlichen Annahmen. Mit Bedauern ist festzustellen, daß die gelbe Bewegung, die wir nicht als ehrliche Arbeiterstandsvertretung anerkennen können, eine unselbige Zersplitterung in die nationale Arbeiterbewegung gebracht hat.

Aufs Ganze gesehen, können wir sagen, daß unsere Bewegung in der Berichtszeit mit Erfolg gewirkt hat und daraus Segen für die minderbemittelten Volksgenossen und für das Vaterland ge-

flossen ist. Möge auch der jetzige Kongreß mit neuem Erfolg nach den altbewährten Grundsätzen unserer Bewegung wirken.“

Die Antwort des Kaisers.

Auf das vom Kongreß an den Kaiser gerichtete Telegramm lief Montags folgende Antwort ein:

Donauessingen, 1. Dezember. Den dort versammelten Vertretern der deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände danke ich für die freundliche Begrüßung und für die erneute Versicherung treuer Anhänglichkeit. Wie in den verflossenen 25 Jahren meiner Regierung, deren der Kongreß mit freundlichen Worten gedenkt, werde ich auch künftig der Fürsorge für die Arbeiterschaft dieselbe Förderung wie der Wohlfahrt der übrigen Erwerbstände zuteil werden lassen. Ich vertraue, daß die christliche Arbeiterschaft an ihrem Teil dazu beitragen wird, die soziale Idee zu fördern und das wohlverdiente Ansehen der deutschen Arbeiter in der Welt allezeit aufrecht zu erhalten.

Wilhelm I. R.

Der Kongreß nahm die Antwort unseres Kaisers mit stürmischem Beifall entgegen. Das vom Kollegen Stegerwald auf den Kaiser ausgebrachte Hoch fand einen tiefempfundnen Ausdruck aus ehrlichen Arbeiterherzen.

\* \* \*

Am Montag, 1. Dezember, vormittags 9 Uhr eröffnete Kollege Stegerwald den Kongreß. Nach der Verlesung zahlreicher Begrüßungsschreiben wird in die Verhandlungen eingetreten.

Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland.

lautete das Thema, welches vom Kollegen Joos behandelt wurde.

Da die Vorträge später in Broschürenform herausgegeben werden, können wir an dieser Stelle nur kurz darauf eingehen.

Der Referent führte hierzu aus:

Ein Volk vermag viel, wenn es einmal in all seinen Gliedern seines Wesens und seiner Eigenart als Nation sich bewußt geworden ist. Aber seine Volkskraft wird es nur entfalten können, wenn Arbeitsamkeit, Erfindungs- und Unternehmungsgelbst geschützt und getragen werden durch bürgerliche Freiheit und öffentliche Institutionen und Gesetze. Es hat lange gedauert, bis der Staat die richtige Stellung zum Lohnarbeiterproblem fand und bis die manchesterliche Auffassung verdrängt war. Endlich kam der soziale Gedanke auch in der Politik zur Geltung. Besonders unser Kaiser hat daran hervorragenden Anteil. Die Erlasse von 1890 sind Dokumente christlicher Humanität und Staatsweisheit. Wir danken sie dem Kaiser aus tiefster Seele. (Beifall.) Wären wir keine Monarchisten aus Treue und Glauben, wir würden es aus Eigennutz und Vernunft. Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz sind in Deutschland ausgebaut worden. Absolut vollkommen sind sie noch nicht, aber ihren Segen muß jeder anerkennen.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist eine nationale Hoffnung. Allerdings ist noch viel zu tun. Die wirtschaftliche Erstarkung der deutschen Lohnarbeiterschaft darf nicht überschätzt werden. Wir haben einige gut entlohnte Arbeiterschichten. Daneben stehen aber Millionen von anderen Berufschichten und von Hilfsarbeitern, die kaum das unbedingt Nötige erreicht haben. Noch immer ist das Arbeiterdasein ein unsicheres. Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität sind unheimliche Begleitererscheinungen. Es wird noch viel gesunde Kraft verzehrt in vergeblichen Versuchen, sich und die Seinen über Wasser zu halten. Das Armsein ist besonders schwer in einer Zeit mit übertriebenem Luxus und rückwärtslosem Genießen. Die soziale Sorge ist uns noch nicht von der Seele genommen. Es sind noch Aufgaben da, die gelöst werden müssen. Die Arbeitslosigkeit gilt es zu bekämpfen, die Lebenshaltung zu erleichtern und dem Wohnungswucher zu steuern. Eine soziale Kulturförderung ist die der Volksbildung und Volkserziehung. Der Staat, die sozialen Vereinigungen und die religiösen Gemeinschaften haben hier große Aufgaben. Erzieherische Kleinarbeit muß geleistet werden an und in den Familien. Unser Arbeiterstand ist noch nutzlos in den Industrierevieren. Die neuezeitliche Arbeitsweise zersprengt die Familien und zerstört die Gemütskräfte. 1813 kam die Kraft von unten. Auch wir sagen, daß im Volke gute Kraft wächst, die man heraufwachsen lassen möge. Das ist eine Kulturpflicht und darin liegt Zukunft der Nation.

### „Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner“

Das Referat erstattete Reichstagsabgeordneter Kollege Giesberts (M. Gladbach), der seine Ausführungen in einer Reihe von Leitsätzen niederlegte, die u. a. besagen: Die wichtigste Aufgabe für Staat und Gesellschaft in der Gegenwart und nächsten Zukunft besteht darin, den unteren Volkskreisen einen angemessenen Anteil an den Erfolgen unserer Wirtschaftstätigkeit sowie an den Fortschritten der Kultur zu vermitteln. Insbesondere obliegt es ihnen, den geistigen und sozialen Aufstieg des Lohnarbeiterstandes zu fördern und die Eingliederung desselben in die bürgerliche Gesellschaft zu ermöglichen. Die Organisationen der Arbeiter, die soziale Gesetzgebung und ein Teil der privaten Wohlfahrtspflege arbeiten erfolgreich an diesem Ziele. Die soziale Gesetzgebung sichert dem Arbeiter ein Existenzminimum für die Tage der Krankheit und Invalidität und wirkt ganz besonders vorbeugend und heilend für die Gesundheit der Arbeiter. Vereins- und Koalitionsrecht sollen den Arbeitern die notwendige Bewegungsfreiheit für ihre Selbsthilfebestrebungen in Organisationen und Vereinen geben. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der sozialen Arbeit und ihrer klassenverböhnenden Wirkung hat sich in der öffentlichen Meinung durchgesetzt und ist Gemeingut der Mehrheit des deutschen Volkes geworden. In Erwägung dieser Umstände protestiert der dritte deutsche Arbeiterkongress auf das Lebhafteste gegen die Treibereien einzelner Vertreter der Wissenschaft und des scharfmacherischen Unternehmertums, die Wirkungen und Erfolge der deutschen Sozialgesetzgebung durch willkürliche Uebertreibung und unbedingte Verallgemeinerung einzelner Mißstände herabzusetzen und selbst im Auslande in Mißkredit zu bringen.

Nach dem Vortrag nahm ein alter Vorkämpfer der deutschen Sozialpolitik, Herr Geheimrat Professor Adolf Wagner, stürmisch begrüßt, das Wort, und führte aus:

„Ich möchte Ihnen zunächst danken für die freundliche Begrüßung, die ich als Theoretiker eigentlich nicht von ihnen erwarten konnte, denn ich sehe hier so bedeutende Männer vor mir sitzen, wie Freiherrn von Berlepsch und Grafen Posadowsky, die als Staatsminister von erster Reihe die Sozialpolitik gefördert haben. Daher ist für mich die Begrüßung eigentlich etwas beschämend, denn das sind die Männer, die Sie brauchen. Hoffentlich wird es Ihnen an diesen niemals fehlen. Es ist gesagt worden, daß wir in der Sozialpolitik zu weit gegangen seien und daß es nun an der Zeit sei, einzuhalten. Demgegenüber sage ich: jetzt erst recht gerade vorwärts mit der Sozialpolitik! (Stürmischer Beifall.) Dann ist gesagt worden, es sei deshalb an der Zeit, Maß zu halten, weil Rücksicht genommen werden müsse auf die ausländische Konkurrenz. Aber wenn wir sehen, wie groß unsere Industrie geworden ist, welche großen Gewinne die Aktiengesellschaften namentlich im Bergbau erzielen, dann frage ich: Ist es denn wirklich wahr, daß Deutschlands Industrie im Rückgange begriffen ist? Ist sie nicht vielmehr aufgeblüht im Zeitalter der Sozialpolitik? (Stürmischer Beifall.) Der Mann, der Deutschland groß gemacht hat, der das neue Deutsche Reich geschaffen hat, Kaiser Wilhelm der Große, ist, nachdem er den militärischen Lorbeer erreicht hatte, nicht müde geworden, sondern hat das Zeitalter der Sozialpolitik ins Leben gerufen. Wir Theoretiker sind mit Ihnen in dem Ziel eines maßvollen Arbeiterschutzes einig, und wir wünschen, daß das im ganzen Reich anerkannt wird, daß, wie Giesberts ausgeführt hat, die Gebildeten einsehen mögen, daß Ihre Bestrebungen nicht sozialdemokratisch, sondern gut national sind. Halten Sie auch daran fest, einen maßvollen Arbeiterschutz zu verlangen, und ich hoffe, daß die gebildeten Kreise Sie immer mehr auf diesem Wege begleiten möchten. Ich spreche Ihnen meine besten Wünsche für diese Bestrebungen aus.“

Daß mit der Sozialpolitik noch nicht Schluß gemacht werden kann, bewiesen die Ausführungen der Diskussionsredner und die dem Kongress unterbreiteten zahlreichen Anträge. Letztere fanden alle die Zustimmung des Kongresses. Sie betrafen Knappchaftsfragen, die Rechtsprechung in der Sozialversicherung, die Arbeiterschaft in der Großeisenindustrie, den Schutz der Gasthausangestellten, Wünsche des staatlichen Verkehrspersonals, die Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, den Arbeiterschutz in der Tabak- und Nahrungsmittel- und in der Keramikindustrie; die Durchführung des Hausarbeitsgesetzes; den Erholungsurlaub für Arbeiter; sowie die Beschaffung von

Vermittel für Arbeiterkinder. Die Behandlung all dieser Fragen, nahm die ganze Tagungszeit des Montags in Anspruch. In der Aussprache kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den katholischen Arbeitervereinen (Sitz Berlin). Diese versuchten, für ihre Ideen Stimmung zu machen, womit sie gründlich abfielen. Ihre zu der Resolution Giesberts eingebrachten Abänderungsvorschläge wurden sämtlich abgelehnt.

Das nächste Referat hielt am Dienstag-Vormittag der Kollege Stegerwald über

### Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsteuerung.

Berichterstatte Generalsekretär Stegerwald-Köln: Die deutsche Volkswirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten ungeheure Wandlungen durchgemacht. Bei Schaffung des Deutschen Reiches bildeten die in der Landwirtschaft Tätigen über 47 Prozent der Bevölkerung, 1907 dagegen waren es nur noch 28,6 Prozent, trotzdem in der Zwischenzeit sich die deutsche Bevölkerung um mehr als 21 Millionen Menschen vermehrte. Die Zahl der Lebensmittelgewinner geht ständig zurück, während die Lebensmittelverbraucher jährlich um 8—900 000 wachsen. Das deutsche Volk wird in stets steigendem Maße Stadt- und Industriebolk. Dieses stellt ganz andere Bedürfnisse hinsichtlich des Nahrungsmittelbedarfs als die landwirtschaftliche Bevölkerung. Die Zusammenballung gewaltiger Konsummassen in wenigen Städten und Industriebezirken weisen auch der Organisation des Lebensmittelverkehrs ganz neue Aufgaben. Die Politik, mit der 1879 in Deutschland begonnen wurde, war in der Hauptsache Produktionspolitik. Heute muß im Hinblick auf die gewaltig veränderte Volkschichtung aufs ernsthafteste die Frage behandelt werden: Wie kann neben der Produktionspolitik eine gesunde Konsumpolitik zielbewußt durchgebildet werden? Wie kann die Kaufkraft der gewaltigen Konsummassen gehoben, wie kann der Inlandsbedarf an Lebensmitteln den Massen am zweckmäßigsten vermittelt werden? Im letzten Jahrzehnt ist in Deutschland eine sehr starke Preissteigerung, insbesondere für Fleisch und tierische Produkte eingetreten. Weite Konsumentenschichten konnten ihre Einkommensverhältnisse nicht in dem gleichen Maße steigern, wie die Preise für Lebensmittel gestiegen sind. Aus dieser Situation müssen wir in Deutschland heraus. Die Ursachen der Teuerung sind teils internationaler, teils nationaler Art. An internationalen Ursachen sind zu nennen: Die ehemaligen europäischen landwirtschaftlichen Ausfuhrstaaten haben inzwischen ihre Industrie entwickelt und ihre nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung bedeutend vermehrt. Die älteren Industriestaaten Europas und die Vereinigten Staaten von Nordamerika weisen ebenfalls eine bedeutende Volksvermehrung auf. Der Bedarf an Nahrungsmitteln ist in den letzten Jahren schneller gestiegen als die Weltproduktion. Als deutsche Preissteigerungserscheinung ist zunächst zu nennen die gewaltige Verstädtlichung und Industrialisierung unserer Bevölkerung. Dann die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion durch verstärkten Arbeitsaufwand, durch teure Düngemittel, gestiegenen Arbeitslöhne usw. Dazu kommt die teilweise Anarchie im Lebensmittelverkehr, der gegenüber die Großstädte und die Industriezentren mit ihren gewaltigen Konsumentenmassen ihre Aufgaben vernachlässigt haben. Schließlich zeigen sich mehrere Mißstände im Viehhändler- und Metzgergewerbe. Auch die deutsche Zollpolitik hat, insbesondere in den letzten Jahren, verschärfend auf die Preissteigerung gewirkt. Die Begleitererscheinungen sind für die deutsche Gesamtwirtschaft außerordentlich bedenklich, sodaß mit großem Ernst die Frage ventilirt werden müßte: Wie kann der Teuerung in Deutschland wirksam begegnet werden? Dazu gibt es zwei Wege: Entweder Beseitigung oder bedeutende Herabsetzung der landwirtschaftlichen Schutzzölle, oder nachdrückliche Verbesserung und Verbollkommnung der Inlandsproduktion und des Lebensmittelverkehrs, verbunden mit Ergänzungszufuhr vom Auslande. Ich bin der Ansicht, daß für deutsche Verhältnisse der letzte Weg am sichersten zum Ziele führt.

In diesem Sinne bewegten sich denn auch die Leitsätze, die der Referent dem Kongress vorlegte, die einstimmige Annahme fanden.

Landtagsabgeordneter Andre sprach darauf über  
Die Bedeutung des Koalitionsrechtes und des Vereinigungsrechtes für die Arbeiter und Angestellten.

Die heutige Arbeiterbewegung ist das Produkt einer natürlichen Entwicklung, die namentlich von den technischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Verbindung mit der Bevölkerungsvermehrung ihren Ausgang genommen hat. Koalition bedeutet Zusammenschluß. Arbeiter und Angestellte müssen sich zusammenschließen, weil sie in der Regel zur dauernden Anselbständigkeit und Abhängigkeit verurteilt sind und daher ihre Interessen nicht hinreichend wahrnehmen können. Der rechtlich freie Arbeitsvertrag (§ 105 der Gewerbeordnung) ist tatsächlich unfrei, weil die Arbeitnehmer durch die Not gezwungen werden, auch unter ungünstigen Verhältnissen Arbeit anzunehmen. Da aber die erste, in der menschlichen Natur begründete Pflicht die Erhaltung des Daseins und die Sorge für die Familie gebietet, ergibt sich das Streben nach Sicherung und Befestigung der Existenz als ein sittliches Gebot. Dieses Streben findet im Zusammenschluß zwecks gemeinsamer Wahrnehmung der Interessen seinen natürlichen Ausdruck. Der Staat kann dieses Recht nicht umstoßen, er kann es nur gegen Mißbrauch schützen.

Die mit der französischen Revolution zur Ausbreitung gelangte Rechtsauffassung hatte u. a. zur Folge, daß auch in Deutschland bis zum Jahre 1869 Koalitionsverbote bestanden. Die Arbeiter und Angestellten wurden hilflos dem Gesetz von Angebot und Nachfrage überlassen. Damit trat die moderne Arbeiterfrage in ein akutes Stadium. Weil die zu ihrer Lösung in erster Linie mitberufene Gewerkschaftsbewegung sich in Deutschland nicht rechtzeitig und ungehindert entfalten konnte, wurde die Arbeiterschaft von der wirtschaftlich-sozialen Standesarbeit ab- und in die politisch-radikale Strömung hineingedrängt. Deshalb hat auch Deutschland die stärkste Sozialdemokratie der Welt. Bei uns ist die Gewerkschaftsbewegung erst aus der politischen Arbeiterbewegung herausgewachsen. Den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter stehen die Arbeitgeberverbände gegenüber; die Mitglieder der Arbeitgeberverbände beschäftigen indes mehr Angestellte und Arbeiter, als solche heute schon organisiert sind.

Gesetz und Rechtsprechung sind der organisierten Arbeiterschaft wenig günstig; die Schikane, denen sie ausgesetzt ist, kennen die Arbeitgeber kaum. Eine ständige Bedrohung für die Arbeiterorganisationen bildet vor allem der § 153 der Gewerbeordnung. Dieser Paragraph ist ein förmliches und tatsächliches Ausnahmerecht, weil er an sich erlaubte Handlungen bestraft, sobald und weil sie in Verbindung mit dem Organisationsbestreben begangen werden. Praxis und Rechtsprechung der Gerichte haben bis jetzt, von Ausnahmen abgesehen, den schärfsten Unternehmerterrorimus geduldet. Deshalb muß § 153 fallen. Die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches, des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Zivilprozessordnung genügen vollkommen, um wirkliche Vergehen gegen die Koalitionsfreiheit zu bestrafen.

Die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenchaft legt denn auch erst recht entschiedene Verwahrung ein gegen jede Verschärfung beim Ausbau strafgesetzlicher Bestimmungen in den einzelnen Gesetzen und besonders in dem neuen Strafgesetz-Entwurf. Die Phrase vom erhöhten Schutz der Arbeitswilligen dient lediglich zur Deckung reaktionärer Ausnahmen, die den Lebensnerv jeder selbständigen Arbeiterbewegung treffen sollen. Auch wir verurteilen mit aller Energie den sozialdemokratischen Terrorismus. Es ist eine schwere Verfündigung an der Freiheit der Persönlichkeit, die nicht durch den Zusammenschluß, sondern gerade durch sie zur Entfaltung gebracht werden soll, was nur möglich ist, wenn die freie Ueberzeugung des einzelnen geachtet wird. Wir halten weiterhin die Monopolstellung einzelner sozialdemokratischer Gewerkschaften nicht nur für ein schreiendes Unrecht, sondern für eine große volkswirtschaftliche und soziale Gefahr. Trotz alledem aber können wir unter keinen Umständen dulden, daß durch weitere gesetzliche Hemmnisse der ganze Arbeiter- und Angestelltenstand

in seiner wirtschaftlichen Vorwärtsentwicklung, die dem Staat und Volksgangen dient, bedroht und gehemmt wird. Besser ist es noch, es erleidet der einzelne ein Unrecht, als daß der ganze Stand zurückgeworfen wird. Gegen die scharfmacherischen Vorstöße des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, des Verbandes Sächsischer Industrieller, des Deutschen Handwerker- und Gewerbetages, sowie des Hansabundes und weiterer Organisationen machen wir daher entschiedene Front. Viel eher als der Arbeiter- sollte der Unternehmerterrorimus schärfer angefaßt und verfolgt werden. Die Materialsperrre, das System der schwarzen Listen, die Beschränkung der Freizügigkeit durch Unternehmer-Arbeitsnachweise, die Entlassung oder Nicht-einstellung organisierter Arbeiter und Angestellten und andere Dinge mehr sind durch Gesetz und Rechtsprechung unmöglich zu machen. Nicht minder entschieden wie den Ruf nach Ausnahmebestimmungen zur Unterbindung der selbständigen Arbeiterbewegung verurteilt der Kongreß die auf das gleiche Ziel gerichteten gelben Bestrebungen. Mit diesen Bestrebungen wird die Art an die Wurzel gelegt an das soziale Verantwortungsgefühl sowie an Treu und Glauben im sozialen Leben. Sie sind eine Brutstätte des für das staatsbürgerliche Zusammenleben verderblichen Egoismus. Dadurch gefährden sie zugleich mit der Persönlichkeit des einzelnen und der Gesellschaftsmoral auf die Dauer auch die nationale Entwicklung nach innen und außen, weil der Egoismus der stärkste Feind der wichtigsten staatsbürgerlichen Tugenden ist.

Das Gedeihen des Volkes erfordert ein freies, ungestörtes Entfalten der Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Die Arbeiterschaft hat ein gut Teil zur wirtschaftlichen Erstarfung der deutschen Volks- und Weltwirtschaft beigebracht. Eine konsumfähige, kaufkräftige und leistungsfähige Arbeiterschaft ist eine soziale, nationale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Zu den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften haben wir das Vertrauen, daß sie den scharfmacherischen Bestrebungen nicht nur ablehnend gegenüberstehen, sondern auch an die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung herantreten.

Die vorliegende Entschließung fand in folgender Fassung Annahme:

„Der dritte Deutsche Arbeiterkongreß erklärt: Ein freieitliches Koalitions- und Vereinigungsrecht ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiter und Angestellten. Daraus ergibt sich: Es kann nicht Aufgabe einer weitausschauenden Gesetzgebung und Rechtsprechung sein, der selbständigen Arbeiterbewegung, dieser einzig in der Geschichte dastehenden Massenbewegung, durch dehnbare Strafbestimmungen, oder gar durch ein Ausnahmengesetz und kleinliche Schikane entgegenzutreten. Jede die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes verletzende Tendenz im Staats- und Rechtsleben muß eine Verbitterung in weite Arbeiter- und Angestelltenkreise hineintragen, die letzten Endes das Gegenteil von dem bewirkt, was mit diesen Maßnahmen erstrebt werden soll. Der Terrorismus ist eine schwere Verfündigung an der Freiheit der Persönlichkeit. Als solcher widerstrebt er dem ureigenen Zweck des organisierten Zusammenschlusses, der nicht auf die Unterdrückung der Persönlichkeit abzielt, sondern ihr gerade die volle Entfaltung unter den modernen Verhältnissen ermöglichen soll. Auf der anderen Seite wendet sich der Kongreß ebenso energisch gegen den Unternehmerterrorimus, der insbesondere durch die Führung schwarzer Listen, durch die Unternehmernzwangsarbeitsnachweise und durch die Förderung der gelben Bewegung angewendet wird. Die gelben Bestrebungen sind entschieden abzulernen, weil sie das soziale Verantwortlichkeitsgefühl untergraben und eine Brutstätte des für das staatsbürgerliche Zusammenleben verderblichen Egoismus sind. Dadurch gefährden sie, zugleich mit der Würde der Persönlichkeit des einzelnen und der gesellschaftlichen Moral, auf die Dauer auch die nationale Entwicklung nach innen und außen.

Durch die Gesetzgebung und Rechtsprechung ist die im § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsfreiheit starken Ein-

schränkungen zum Nachteil der Arbeitnehmer und Angestellten unterworfen.

Der Kongreß fordert daher:

1. Die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung als eines gegen die Arbeiter und Angestellten gerichteten Ausnahmegesetzes;
2. den Ausbau des Koalitionsrechtes in dem Sinne, daß der rechtmäßige Brauch desselben gewährleistet und Vereinbarungen oder Maßnahmen zur Verhinderung des Gebrauches des Koalitionsrechtes, von welcher Seite sie auch kommen mögen, unter Strafe gestellt werden;
3. das Streikpostenstehen ist gegenüber der Polizeivillkür als ein im wirtschaftlichen Kampf erlaubtes Mittel zu erklären;
4. die Sicherung und weitere Ausgestaltung des Tarifvertrags mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern nebst der Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau derselben zu einem Reichsvereinigungsamt;
6. die Schaffung eines einheitlichen Staatsarbeiterrechtes.

Der Kongreß spricht der Reichsregierung und dem Reichstag Dank und Anerkennung aus für die wiederholte Ablehnung scharfmacherischer Bestrebungen, die gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichtet sind, und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auch die neuesten Versuche des vereinigten Unternehmertums, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten einzuschränken, aus wirtschafts-, sozial- und staatspolitischen Gründen entschiedene Ablehnung erfahren werden."

### Zum Koalitionsrecht der Straßenbahner.

Raum einer Angestellten- und Arbeitergruppe werden so viele Schwierigkeiten hinsichtlich des Koalitionsrechtes gemacht, wie dem Straßenbahnpersonal. Alle Verbände haben darüber im gleichen Maße zu klagen. Und nicht nur Privatbetriebe sind es, die dieses wichtigste Recht der Arbeiterschaft mißachten und seinen Gebrauch mit schwerster Strafe belegen, sondern auch gar manche Kommunalverwaltungen. Das ist tief bedauerlich. Die Züchtung gelber Werkvereine kann diese Handlungsweise, die mit unseren modernen Rechtsanschauungen im schwersten Widerspruch steht, nicht beschönigen. Im Gegenteil, in den Augen aller Rechtsdenkenden uns noch in schlechterem Lichte erscheinen lassen. Nun hat der 3. deutsche Arbeiterkongreß in Berlin (siehe Leitartikel) auch zu der wichtigen Frage des Koalitionsrechtes energisch Stellung genommen und eine entsprechende Resolution gefaßt. Dazu wurde seitens unseres Verbandes folgender Antrag gestellt, der einstimmige Annahme fand:

„Der Kongreß verurteilt es, daß den in Straßen- und Kleinbahnbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeitern vielfach Schwierigkeiten bezüglich des Koalitionsrechtes gemacht werden. Er fordert deshalb die Sicherstellung des Koalitionsrechtes der in den genannten Betrieben beschäftigten Personen.“

Zu diesem Kapitel werden wir demnächst noch manches zu sagen haben.

### Aus unseren Berufen.

Für die städtischen Arbeiter in Danzig ist eine Petition dem Magistrat unterbreitet in der um eine Neuregelung der Löhne, des Urlaubs, sowie um Einführung einer Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung ersucht wurde.

### Aus den Ortsgruppen.

Mey. Diese weltbekannte Festungsstadt ist in einer mächtigen Entwicklung begriffen. Schon seit längerer Zeit hofften wir, die in den städtischen Betrieben beschäftigten Kollegen für unseren Verband zu gewinnen. Ein erfreulicher Anfang wurde damit gemacht in der Versammlung im Trierer Hof am Sonntag, den 23.

November. Kollege Dedenbach referierte über die Lage der deutschen Gemeindegewerkschaften. Nach lebhafter Diskussion wurde die Gründung einer Ortsgruppe beschlossen. In einer späteren Versammlung, an der Kollege Wäcker-Meh teilnahm, wurden noch eine weitere Anzahl Mitglieder gewonnen. So ist's recht. Immer vorwärts!

Die Straßenbahner, die im vorigen Jahre den Beamtencharakter erhalten haben, glauben jetzt auch ohne Verband auskommen zu können. Vielleicht nehmen sie sich aber doch noch ein Beispiel an ihren Kollegen aus den übrigen städtischen Betrieben. Zu bereuen hätten sie es wohl nie, ebensowenig wie unsere Kollegen an anderen Orten, die auch im Beamtenverhältnis stehen, und doch dem Verbandsangehörigen.

Trier. „Warum läßt die von der Arbeiterschaft geforderte Verbesserung der Lohnverhältnisse so lange auf sich warten?“, lautete das Thema, über das Kollege Dedenbach-Köln in einer Versammlung der städtischen Arbeiter am Mittwoch, den 26. November referierte. Seit fast einem Jahre seien die Wünsche der Arbeiter der Stadtverwaltung bekannt. Zwar habe man die Einführung von Arbeiterausschüssen beschlossen, aber in Tätigkeit seien sie noch nicht getreten. Auch die geforderten Zulagen für besonders schwere oder schmutzige Arbeiten seien bewilligt worden. Aber die Erfüllung der übrigen Wünsche lasse noch immer auf sich warten, insbesondere eine dringende notwendige allgemeine Aufbesserung der Löhne. Die jetzigen Löhne entsprächen in keiner Weise den heutigen Zeitverhältnissen und ständen zum Teil hinter den in anderen Städten und in den hiesigen Gewerben gezahlten Löhnen weit zurück. Dadurch werde nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Geschäftswelt schwer geschädigt. Die Arbeiter müßten unter diesen Umständen ihre Lebenshaltung erheblich einschränken, oder ihre Frauen mitberdienen lassen, das sei aber im Interesse einer geordneten Kindererziehung sehr zu bedauern. Das Gleiche gälte bezüglich der anderen Anträge der Arbeiter, der Arbeitszeit und der Urlaubsgewährung. In einer großen Zahl deutscher Städte seien diese Forderungen längst durchgeführt. Die Versammlung nahm einschließlich folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung der städtischen Arbeiter gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Stadtverwaltung den Wünschen nach einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch keine Folge gegeben hat. Sie richtet daher an den Herrn Oberbürgermeister wie an die Herren Stadtverordneten erneut die dringende Bitte, baldigt in eine Beratung der gestellten Anträge einzutreten. Die Versammlung geben sich der Erwartung hin, daß spätestens mit dem neuen Etatsjahre die gewünschten Verbesserungen in Kraft treten, was im Interesse einer angemessenen Lebenshaltung und einer gesicherten Existenz der städtischen Arbeiter dringend notwendig ist.“

Mülheim-Mein. Das Organ des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, „Der Kurier“, beschäftigt sich in einem längeren Artikel in Nr. 49 mit den Verhältnissen im Mülheimer Hafen. Im Anfang wird zugegeben, daß sich dort in den letzten Jahren vieles gebessert hat. Das stimmt. Es ist aber nur auf das Konto des christlichen Gemeindegewerksverbandes zu setzen. Der sozialdemokratische Verband hat nicht das geringste Verdienst an diesen Verbesserungen. Dann heißt es weiter: „Daß ein christlicher Arbeiter, als er zum sozialdemokratischen Verband übergetreten sei, solange schikaniert worden wäre, bis er ohne Kündigung das Arbeitsverhältnis gelöst hätte. Vorher hätte ein Lademeister (soll heißen Kranführer) die Frau und die Kinder des Betroffenen aufgesucht, um diese zu bewegen, ihren Einfluß geltend zu machen, damit er wieder zum christlichen Verband zurückkehre. Als dieses nichts nützte, setzten die Schikaneur ein. Man wußte auf einmal, daß der Arbeiter während der Arbeitszeit eine Flasche Bier getrunken hatte und davon wurde gleich eine Trunkenheit konstatiert.“ Dazu bemerken wir folgendes: Es ist eine grobe Unwahrheit, daß der Arbeiter schikaniert worden sei, denn es wurde ihm nur gesagt, daß er keinen Charakter besäße, wenn er dem Verband den Rücken kehre, nachdem dieser für ihn eingetreten sei. Früher wurden dem Arbeiter nur 2 Ueberstunden bezahlt, wogegen er durch Vorstelligwerden des Ausschusses alle geleisteten Ueberstunden (täglich 4—5 und mehr) bezahlt erhielt, was ihm monatlich ein Mehr von 20—30 Mk. ausmachte. Wenn unter diesen Umständen versucht wurde, das Mitglied zu halten, so kann das gewiß nicht als Fehler angesehen werden. Nun weiter, was die — eine — Flasche Bier betrifft. Dieser Arbeiter war des öfteren so sinnlos betrunken, daß er das ganze Renomee der Arbeiterschaft untergrub. Und warum hat der angeblich schikanierte denn nicht an zuständiger Stelle Beschwerde erhoben? Aber an dem Tage der Entlassung war der Mann wieder betrunken und erschien nachmittags nicht mehr zum Dienst. Abends wurde ihm von den Genossen noch Freibier traktiert und nachher erklärte er seinen Uebertritt. Netter Mitgliederfang, was! „Die Verwaltung“, so heißt es weiter, „müßte einmal nachforschen, wer im Betriebe den meisten Alkohol vertilgt.“ Nun, das weiß die Verwaltung sehr genau. Taumelte doch vor nicht langer Zeit ein Genosse sinnlos betrunken im Betriebe herum,

daß, als er dort dem H. Beigeordneten und dem H. Hafendirektor begegnete, diese fait ungerannt hätte. „Die Rangierer schifanierten die sozialdemokratischen Arbeiter in der Weise“, heißt es dann, „daß sie die Wagen 50—100 Meter von der Arbeitsstelle stehen ließen.“ Einer, der mit den Verhältnissen in etwa betraut ist, hat hierfür nur ein Lächeln. Denn die Rangierer handeln nur nach den Anweisungen des Lademeisters. „Gewerkschaftlicher Grundsatz ist es auch, für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Man kann täglich beobachten, daß christlich-organisierte Arbeiter (in Wirklichkeit ist es ein einziger gewesen) nach Feierabend an anderen Ladestellen fragen, ob sie noch Ueberstunden machen können“, so lieft man weiter. An der Ladestelle, wovon hier die Rede ist, kommen zum größten Teil nur sozialdemokratische Organisierte in Betracht, sogar der Vorarbeiter ist rot organisiert. Deshalb genießen die Genossen sich nicht, die immer schreien „Nach der Achtstundentag!“ 15—16 Stunden zu arbeiten. Hierüber kommt es ja auch oft bei den Genossen während der Frühstück- und Vesperpause zu großen Debatten und erregten Erzessen, die des öfteren mit ein paar blauen Augen endigen. Da tritt so recht die Kollegialität der Genossen zutage. Schließlich heißt es in dem Artikel, „daß ein Arbeiter mit 4 Mk. Tagelohn seine Familie nicht auskömmlich ernähren kann. Der christliche Verband und das Zentrum hat es fertig gebracht, daß leider bis jetzt noch ein Tagelohn von 4 Mk. besteht.“ Eine solche Verdrückung der Tatsachen ist doch stark. Haben doch die roten Stadtväter nicht nur den Antrag des Zentrums auf eine 10-prozentige Lohnerhöhung niedergestimmt, sondern der Ubergewisse Klein erklärte in der betreffenden Sitzung und in einer öffentlichen Versammlung, daß die Arbeiter im Hafen einen auskömmlichen Lohn verdienen. Dieser sei höher, wie der der Kölner Hafnarbeiter. Dem Herrn Wertmeister wird angeraten, er solle seinen Kasernenhofen etwas einschränken. Wir kennen den H. Wertmeister nur als einen gerechten und realen Vorgesetzten. Gegenüber den Unpöbelungen der Genossen könnten wir noch manches sagen, was den Herrschaften recht unangenehm in den Ohren klingen würde. Aber wir wollen darauf in ihrem Interesse verzichten. Mit ihrer Aufforderung an die Arbeiterschaft, sich dem sozialdemokratischen Verbands anzuschließen, werden sie kein Glück haben. Denn die Arbeiter bedanken sich für die sozialdemokratische Interessenvertretung. Sie wissen davon ein garstig Lied zu singen. Darum haben im Laufe des Jahres bereits 23 Kollegen ihren Uebertritt zu unserem Verbands erklärt. Das ist die beste Antwort auf die sozialdemokratische Kampfesweise.

Offen. Am 17. und 18. November fanden die Wahlen zum Ausschuß für die allgemeine Ortskrankenkasse statt. Da nun die städt. Arbeiter auch zur Ortskrankenkasse gehören, machte es sich unsere Ortsgruppe zur Pflicht, auch unsererseits eine Reihe Kollegen auf die Liste zu setzen, um dann auch bei der Wahlagitation tüchtig mitzumischen. Es waren diesmal 4 Parteien, welche um die Mandate kämpften. Liste 1 der christlichen Gewerkschaften, der konfessionellen Arbeitervereine und der einzelnen Frauenorganisationen; Liste 2 die sozialdemokratische Liste unter dem Deckmantel der „freien“ Gewerkschaften; Liste 3 von Mitgliedern des alten Vorstandes und der Vereinigung nationaler „gelber“ Arbeiter; Liste 4 von dem Gewerksverein S.-D. Einige Wochen im voraus wurde eine Agitation entfaltet, wie man sie lebhafter nicht bei der Reichstagswahl hätte finden können. Man hätte erwarten können, daß die gelbe Liste, nach ihrer Agitation und ihren Inseraten in den „unparteiischen“ Lokalblättern eingeschätzt, am besten hätte abschnitten müssen. Aber die verleumderische Agitation in den Flugblättern und Tageszeitungen, worin auch der Name unseres Voritzenden in Sperrdruck glänzte, konnte nicht die städtischen Arbeiter für die gelbe Liste gewinnen. Nur in einzelnen städtischen Betrieben wurden die Arbeiter für Liste 3 mobil gemacht und leider unter dem Druck einiger Aufseher, die als Kandidaten fungierten. In den sogenannten unparteiischen Tagesblättern erschienen große Inserate: Keiner gebe den christlichen „Klassenkampf-gewerkschaften“ seine Stimme, mit der Unterschrift „Mehrere katholische und evangelische Wähler“. Auch einen Ansturm gegen die Kollegen unserer Ortsgruppe ließ man los mit der Unterschrift: „Mehrere städtische Arbeiter und Angestellte“, und dieses alles auf Kosten der gelben Arbeitervereinigungen, die bei der Stadtverwaltung doch keine Mitglieder haben.

Am Tage vor der Wahl fand im Kriegerheim eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, wo der Reichstagsabgeordnete Weder-Urnberg referierte. In der Diskussion wurde den gelben Herren, die in stattlicher Anzahl anwesend waren, aber besonders dem Herrn Aufseher Rath so zugesetzt, daß sie gezwungen waren, sich über ihre Aeußerung zu rechtfertigen, weil sie in einer öffentlichen Versammlung unwahre Behauptungen aufgestellt hatten. Der Versuch, den Beweis zu erbringen, ging aber fehl, und der Kartellsekretär Kollege Strunk stempelte den Herrn Aufseher Rath als einen nichtswürdigen Verleumder. Den Anhängern der Gelben sind dort die Augen geöffnet worden. An beiden Wahltagen

wurden an den Eingängen zu den Wahllokalen auch von dem gelben Beamten Adams, der an der Spitze der Liste 3 steht, und auch von einer „Dame“ die gelbe Liste als die Liste für die Evangelischen feigeboten. Dieses zog aber alles nicht. Das Wahlergebnis war folgendes: Liste 1 christl. 2995 Stimmen und 28 Vertreter, Liste 2 sozialdem. 2841 Stimmen und 27 Vertreter, Liste 3 „gelbe“ 422 Stimmen und 4 ganze Vertreter und Liste 4 S.-D. 104 Stimmen und 1 Vertreter. So ist es den Gelben trotz der größten Anstrengungen nicht gelungen, soviel Vertreter durchzubekommen, daß sie ein Vorstandsmitglied beanspruchen könnten. Es wählen nämlich 60 Vertreter 8 Vorstandsmitglieder, sodas 4 Vertreter von den christl.-national Versicherten und 4 von den freien Gewerkschaften gestellt werden. Die Herren von der Kanariensinsel werden doch einsehen, daß trotz aller Wahlmachinationen die städtischen Arbeiter nicht für die gelben Arbeitervereine zu haben sind.

Graudenz. (Straßenbahner.) Am 8. Dezember hatten sich eine Anzahl Angestellte der städtischen Straßenbahn zusammen gefunden, um einmal eine Aussprache über ihre Lohn- und Dienstverhältnisse herbeizuführen. Kollege Gickmann gab in seinem Referat einen Ueberblick über die Entwicklung der deutschen Straßenbahnen, ihre volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung. Redner zeigte dann die Aufgaben und das Ziel der gewerkschaftlichen Organisation der Angestellten. Durch ruhiges, besonnenes Vorgehen wolle der Verband die wirtschaftliche Lage der Angestellten heben. Der Dienstvertrag müßte so geändert werden, daß auch die berechtigten Interessen der Angestellten zur Geltung kämen. Eine angemessene Entlohnung, genügende Ruhezeiten, anständige Behandlung hätten auch eine Reihe Vorteile für den Betrieb. Die Dienstfreudigkeit der Angestellten würde belebt, das Verantwortlichkeitsgefühl gesteigert. Nur eine sozial rückständige, von Scharfmachergeist besetzte Direktion und Stadtverwaltung versuche die Angestellten von dem Gebrauch dieses Staatsbürgerrechtes abzuhalten. Entschiedene Verurteilung verdiene das Vorgehen der unteren Vorgesetzten, die oftmals aus Unkenntnis und aus einer falschen Auffassung heraus versuchten, den organisierten Kollegen Schwierigkeiten zu machen. Eine einseitige Stadtverwaltung würde dieses aber schon zu verhindern wissen. Die erste Aufgabe der Kollegen in Graudenz müsse sein, auf eine Sicherung ihrer Existenz hinzuwirken. Mit der sozialen Verantwortung einer Gemeinde sei es unvereinbar, wenn Angestellte, die 10 Jahre und länger der Stadt gedient, ihre besten Jahre des Lebens der Gesamtheit geopfert, aus oft geringfügigen Gründen entlassen würden. Was der Staat durch seine Gesetze den Gemeinden zur Pflicht mache, soweit die Beamten in Frage kämen, müsse auch den auf Dienstvertrag Angestellten gewährt werden. Hierzu sei die Gemeinde moralisch verpflichtet. Eine Reihe Städte hätten die Straßenbahner in das Beamtenverhältnis aufgenommen und ihnen die nämlichen Rechte wie den Beamten gewährt. Die Mehrzahl (gegenwärtig über 100) habe durch Einführung einer Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung für städtische Angestellte und Arbeiter dieser Verpflichtung Rechnung getragen. Was in diesen Städten möglich, dürfte in Graudenz nicht zur Unmöglichkeit gehören.

Durch rege Mitarbeit der Kollegen wäre das Ziel erreichbar. Nachdem in reger Aussprache eine Klärung der verschiedenen Ansichten herbeigeführt war, beschloßen die Kollegen, sich vollständig dem Verbands anzuschließen.

Düren. Auch in unserer Ortsgruppe beginnt das Gewerkschaftsleben wieder frisch zu pulsieren. Das zeigte die am 6. Dezember im „Franziskaner“ abgehaltene Versammlung, in der Koll. Weder-Cöln referierte. Die Diskussion über das Thema: Die Gemeinde als Arbeitgeberin bewies, daß in Düren noch manches reformbedürftig ist. Einmütig kam man zu dem Entschluß, daß nur durch eine starke Organisation Verbesserungen herbeigeführt werden können. Als nächste Aufgabe betrachtet man den Ausbau des Vertrauensmännersystems und rege Hausagitation. Die Kollegen versprachen, in diesem Sinne zu arbeiten.

Cöln. (Fuhrpark.) Durch rege Tätigkeit des Vorstandes und der Vertrauensleute hat sich diese Ortsgruppe in erfreulicher Weise entwickelt. Das bewies vor allem die getätigte Krankenkassenwahl. Fast 95 Prozent der Kollegen haben ihr Wahlrecht ausgeübt. Auch die letzte Monatsversammlung, in welcher Kollege Weder Bericht erstattete über den 3. deutschen Arbeiterkongress, wies einen starken Besuch auf. Redner warf einen Rückblick auf die früheren Kongresse und deren Erfolge und ging dann auf die Bedeutung des diesjährigen Kongresses ein. Die dort behandelten Fragen sollen in einzelnen Vorträgen behandelt werden. Den 2. Punkt der Tagesordnung: „Bericht der letzten Arbeiteraussschuffigung“ erlebte der Obmann Koll. Rückel. Danach erhalten die Kollegen, die von ihrem Wohnort zur Arbeitsstelle die Rheinbrücke benutzen müssen, das Brückengeld zurückerstattet. Die jugendlichen Arbeiter brauchen in Zukunft bei Regenwetter die Fortbildungsschule nicht mehr zu besuchen. Einige vom Ausschuß beantragte Punkte sollen einer

Prüfung unterzogen werden. Eigenartig mutete es die Versammlung an, daß die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Nr. 280 vom 5. Dezember ein Loblied auf den Ausschuß geungen hat. Ob man auf der Severinstraße nicht weiß, daß der Ausschuß des Fuhrparks sich in christlichen Händen befindet? Oder sollten die Herren sich auf dem Wege der Besserung befinden, daß sie auch die Verdienste der Christlichen anerkennen. Wenn ja, dann sind wir nicht die Letzten, die derartiges mit Freuden begrüßen. Hoffentlich werden die Herren das bei der demnächst stattfindenden Ausschußwahl zu würdigen wissen.

**Posen.** Einen recht schwierigen Stand hat die christliche Gewerkschaftsbewegung in den Gebieten des ehemaligen Königreiches Polen. Die einheimische Bevölkerung, durch die preußische Polenpolitik zurückgestoßen, in ihrer nationalen Eigenschaft sich verkehrt fühlend, bringt allem, was nicht direkt ihre Sprache spricht, Mißtrauen entgegen. Und dieses Mißtrauen wird auch unserer Bewegung entgegengebracht. Mit dem nichtsagenden Schlagwort „Jeder zu den Seinen“ versuchen die polnischen Rationalgewerkschaften, die Arbeiter unserer Bewegung fernzuhalten. Leider bis heute mit einem gewissen Erfolge. Andererseits ist es aber auch ihnen nicht gelungen, die Gemeindearbeiter und Straßenbahner in nennenswerter Anzahl zu organisieren. Es hat für diese Kollegen auch keinen Zweck, sich diesem Verbaude anzuschließen, da die städtischen Körperschaften, die, mit Recht oder Unrecht, das können wir hier nicht entscheiden, in den nationalpolnischen Gewerkschaften eine großpolnische Bewegung erblicken und diesen Organisationen nicht das geringste Entgegenkommen zeigen, eben weil sie befürchten, dadurch die polnische Bewegung zu fördern. Obwohl die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner sowohl wie der städt. Arbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig lassen, war die vom Partell veranstaltete Versammlung am 4. Dezember mangelhaft besucht. Kollege Sidmann referierte über die sozialen Aufgaben der Gemeinden und erstattete Bericht über den dritten Arbeiterkongreß in Berlin. Ein anwesender Genosse glaubte, mit vielen Behauptungen, ohne jeden Beweis, die verlorene Position bei den Straßenbahnern wieder gewinnen zu können. Doch vergeblich. Die Kollegen haben eingesehen, daß ein jüdischer Schuhhändler doch wohl nicht geeignet ist, die Führung in der Straßenbahnerbewegung zu übernehmen.

Wenn auch die Versammlung nicht einen direkten Erfolg zeigte, ohne Zweifel aber wird sie dazu beitragen, auch hier im Osten den Gedanken von der Solidarität der Handarbeitenden zu stärken, sie zu der Erkenntnis zu bringen, daß trotz der nationalen Verschiedenheiten ein gemeinsames Handeln möglich ist.

**Bromberg.** Bromberg ist eine der am meisten von Deutschen durchsetzten Stadt des ehemaligen polnischen Königreiches. Nur selten dringen die Laute der slawischen Sprache an unser Ohr. Diesem Umstande ist es auch wohl zuzuschreiben, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften hier weiter vorgebrungen sind. Auch unter den Arbeitern der städtischen Betriebe hat der rote Gemeindearbeiterverband eine Anzahl Anhänger gewonnen. Aber nur aus dem Grunde, weil er es verstanden hat, sich den Mantel der Neutralität umzuhängen, und den Kollegen den wahren, sozialdemokratischen Charakter verheimlicht. Der Zweck der von uns am 5. Dezember veranstalteten Versammlung war, diesen Schleier zu lüften, den Gemeindearbeiterverband in seiner wahren Gestalt zu zeigen. Wenn auch die Zahl der erschienenen Kollegen keine allzu große war, sie genügte aber, um eine neue Ortsgruppe unseres Verbaudes zu gründen. Fast sämtliche Kollegen waren bisher Mitglieder des roten Verbandes. Bei einigermaßen reger Agitation dürfte es gelingen, die Zahl der Uebertritte in den nächsten Wochen zu verdoppeln und zu verdreifachen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter lassen sehr viel zu wünschen übrig. Eine feste Lohn tafel fehlt. Löhne von 2.30 Mk. pro Tag für gesunde Vollarbeiter sind nicht selten. Wer gar 3 Mk. verdient, kann sich zu den bestentlohnsten städtischen Arbeitern der Stadt Bromberg zählen. In sonstigen sozialen Fürsorgeeinrichtungen fehlt es fast vollständig.

Wenn der Hanfabund, dessen Geschäftsführer der ehemalige Oberbürgermeister von Bromberg ist, sich in den nämlichen sozialen Bahnen bewegt, wie sein Geschäftsführer als Oberbürgermeister, dann haben die Angestellten und Arbeiter sehr wenig von dessen Tätigkeit zu erwarten.

Die sozialen Verhältnisse der städtischen Arbeiter werden erst dann eine Wandlung in Bromberg erfahren, wenn eine starke nationale Gewerkschaft die Arbeiter umfaßt, deren Forderungen nicht als sozialdemokratische Verschieben und mit einer Handbewegung abgetan werden können, wie es bisher der Fall war.

**Waderborn.** Bei den meisten Stadtverwaltungen kann man feststellen, daß sie aus sich heraus, ohne Anstoß vonseiten der Arbeiterschaft, nichts unternehmen, um für letztere bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen. Das hat auch ein Teil der Kollegen in Waderborn eingesehen und sich unserer Organisation ange-

schlossen. Wenn trotzdem in den städtischen Betrieben noch recht unsoziale Zustände herrschen und die Löhne weit hinter dem zurückbleiben, was bei den heutigen hohen Preisen für Mieten, Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel unbedingt notwendig ist, so ist dies nicht die Schuld derjenigen Kollegen, die den Weg zur Organisation schon gefunden haben. Diesen Vorwurf verdienen vielmehr die Kollegen, die immer noch nicht die Notwendigkeit gemeinsamer Staudesarbeit einsehen wollen. Solange nur ein kleiner Teil der städtischen Arbeiter hinter den Wünschen der Kollegen steht, wird die Verwaltung nicht geneigt sein, auf diese Wünsche zu reagieren. Wollen wir also, daß hier eine Aenderung eintritt, so müssen wir als organisierte Kollegen versuchen, die noch Fernstehenden zu uns heranzuziehen. Hier ermahnt uns eine Aufgabe, an die wir mit möglichstem Geschick und Anpassungsfähigkeit an die Eigenart der einzelnen Kollegen herantreten müssen. Versuchen wir als organisierte Arbeiter vor allem das Vertrauen unserer Mitarbeiter, unserer Berufskollegen zu gewinnen. Dadurch, daß wir uns als wirkliche Kameraden zeigen, die nicht nur das Wort Kollege im Munde führen, sondern danach auch in der Praxis handeln. Wir müssen alles das tun, was irgendwie geeignet ist, den Kollegen ihr Arbeitsverhältnis so angenehm wie möglich zu gestalten. Wenn wir in diesem Sinne handeln, daneben aber auch an ruhiger, intensiver Aufklärung über die Zusammenhänge in unserem Wirtschaftsleben, über die Art und Weise, wie wir uns im Volksganzen am besten Geltung verschaffen können, es nicht fehlen lassen, so dürfte in kurzer Zeit noch mancher der uns heute noch fernstehenden Kollegen für unsere Sache zu gewinnen sein.

Darum auf zur Arbeit, Kollegen! Keiner darf zurückbleiben, wenn es gilt, unsere ureigensten Staudesinteressen zu vertreten.

**Göln.** „Christliche Aus Hung erung freier Arbeiter“ lautet die Ueberschrift einer Notiz, die die Munde durch die sozialdemokratische Presse macht. Es wird da erzählt, wie ein Wagenpuzer der Bahnen der Stadt Göln durch christliche Arbeiter aus seiner Stellung drangsaliert worden sei. Da die in der betreffenden Notiz enthaltenen Angaben eine vollständige Verdrehung der Tatsachen bedeuten, geben wir hier kurz den wahren Sachverhalt wieder. Der betreffende Wagenpuzer war seit Jahren ein eifriger Agitator für den sozialdemokratischen Verband. Sein Eifer nach dieser Richtung hin ging sogar so weit, daß er gelegentlich einer Wahl, anstatt in der Wagenhalle seine Arbeit zu verrichten, vor dem Bahnhofstore Flugblätter verteilte. Hierfür wurde er mit 1.— Mk. bestraft. Einige Zeit nachher wurde festgestellt, daß derselbe Wagenpuzer jungen Fahrern, die in der Lehre waren, gegenüber sich äußerte, sie sollten sich vor den schwarzen Lumpen (gemeint waren die christlichen Arbeiter) hüten und in der ge- hängigsten Weise versuchte, diese jungen Fahrer für die sozialdemokratische Organisation zu gewinnen, natürlich alles während der Arbeitszeit. In diesem Falle wurde der Mann mit 3.— Mk. bestraft. Zugleich wurde ihm erklärt, da er schon des öfteren verwahrt und zweimal bestraft worden sei, würde er im Wiederholungsfall die Entlassung zu gemärtigen haben. Trotzdem verließ der Mann vor kurzem während des Dienstes seine Arbeitsstelle, um eine Wirtschaft aufzusuchen. Dieser letzte Fall hat nun bei seiner vorgefetzten Behörde das Maß voll gemacht, sodas seine Entlassung erfolgte. Wenn nun jetzt versucht wird, den Mann als Märtyrer seiner Ueberzeugung hinzustellen, der nur wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung gemäßiget worden sei, so muß das, wie diese, den wirklichen Tatsachen entsprechende Darstellung beweist, als eine vollständige Verdrehung der Wahrheit bezeichnet werden. Wie so oft, suchen die Genossen hier ihre eigenen Sünden anderen in die Schuhe zu schieben. Denn was für ein netter Kollege dieser Genosse war, mag man daraus ersehen, daß er seinerzeit einen christlich organisierten Fahrer wegen angeblicher Agitation im Betriebe bei der Verwaltung denunzierte. In einem andern Falle erklärte ein Wagenpuzer, er habe deshalb seine Arbeit als Wagenpuzer drangehen, weil er mit dem jetzt entlassenen Genossen nicht zusammen arbeiten könne, da dieser in so gehässiger Weise agitiere und die Arbeiter chicaniere. Man sieht also, um die Worte des sozialdemokratischen Artikelschreibers zu gebrauchen, wo „die Heher und Aufwiegler“ zu suchen sind. So versuchen die Herren Genossen, durch Verleumdung der christlichen Arbeiterschaft die Aufmerksamkeit von ihrem eigenen arbeiterschädigenden Treiben abzulenken. Damit sollen sie aber kein Glück haben.

## Volkswirtschaftliches und Soziales.

### Der Solinger Krankenkassenstaudal,

das neueste Ruhmesblatt in der Geschichte sozialdemokratischer Kassenverwaltung, fand am 12. November vor der Strafkammer in Esberfeld seinen Abschluß. Das Gericht diktierte dem Reudanten der Kasse, Reinhardt, 2½ Jahre und dem ersten Vorsthen-

den Knoch 1 Monat Gefängnis zu. Der zweite Vorsitzende, Gießmann, erhielt drei Monate Gefängnis. Von den übrigen angeklagten Vorstandsmitgliedern erhielten Boffelmann 2 Monate, Kurth und Albers je einen Monat Gefängnis. Der Klagenhilfe Syhr wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Lohr und Diez kamen mit 300 resp. 200 Mk. Geldstrafe davon. Durch die Angeklagten ist die Solinger Krankenkasse um rund 117 000 Mk. geschädigt worden. Wo's Geld geblieben ist? Ganz einfach: Sekt und Champagner getrunken, Autofahrten gemacht, mit „feinen“ Damen verkehrt, hohe Trinkgelder gezahlt, jährlich ein Vorstandessen veranstaltet, das pro Kopf 60 Mk. kostete usw. Da lassen sich die Pfennige schon klein kriegen. Der Rentant Reinhardt wurde vor neun Jahren auf seinen Posten gestellt. Sein Gehalt stieg sehr schnell von 2800 auf 4400 Mk. Hiermit konnte er aber nicht auskommen. Nach seiner Auflassung gehörte zum standesgemäßen Auftreten eines Rentanten einer sozialdemokratisch geleiteten Kasse auch noch etwas mehr als essen, trinken und arbeiten. Er hatte die Freundschaft der Bardamen von Eiberfeld nötig. Um sich diese Freundschaft zu sichern, fuhr er sehr oft dorthin, war sehr freigebig, zahlte hohe Trinkgelder; auch fuhr er des Nachts im Auto nach Solingen. Das „Solinger Karlsruhen“ war bei den feinen Damen ein gern gesehener Gast. Denn seine nächtlichen Sekt- und Weingelage pflegten mehrere hundert Mark zu kosten!! Fast schämt er sich, wenn er für einen Abend nur 60 Mk. zu bezahlen hatte. Er gab dazu einen Hundertmarkschein, der Rest war Trinkgeld! Die Garderobefrau bekam 10 Mk. Trinkgeld; die Autofahrer rissen sich um diesen vornehmen Fahrgast. Weil aber „feine“ Damen, Sekt, Wein, Autofahrten viel Geld kostete, so griff er immer tiefer in die Krankenkasse hinein; falschte Post- und Arztleistungen, bis er eine Summe von 100.000 Mk. verprakt hatte. Da brach das Verhängnis über ihn zusammen. Ja, wo war der Vorstand? Die Vorstandsmitglieder waren seine Freunde!!! Der eine bekam eine billige Hypothek ohne Sicherheit; der Andere sein Monatsgehalt zweimal ausbezahlt, der Dritte hohe Speesen usw. Ein Lieferant zahlte 2 Prozent der Rechnungen an den Rentanten; der andere hatte 10 oder 20 Mk., je nachdem liegen lassen. Der „Genosse“ Knoch hat sich 9500 Mk. aus der Kasse selbst angewiesen. Dieses Darlehen war notwendig, weil er sich ein Haus kaufen mußte; denn die sozialdemokratische Partei habe ihm ein Stadtverordnetenmandat angeboten, wie er selbst sagte.

Das sind nur ganz wenige Proben aus diesem Prozeß. Sie genügen aber, um zu zeigen, wie Korruption getrieben wird. Das Traurige an diesem Fall ist doch die nicht wegzuleugnende Tatsache, daß gerade die Arbeiter, die Kranken und Schwachen, die Sterbenden und deren Angehörige ganz ungeheuer geschädigt worden sind. Das Geld für hässliche Medizin wurde mit Weibern verprakt. Für erhöhtes Kranken- und Sterbegeld wurden die Beiträge nicht verbraucht; aber für Autofahrten, Liebschaften! Eine Arbeiterfamilie muß mit 60 Mk. mehr als 14 Tage auskommen; die Herren „Genossen“ aber geben 60 Mk. für ein Diner pro Kopf aus!

In der sozialdemokratischen Presse wird der Versuch unternommen, den Vorstand von sich abzuschütteln. Wir stellen daher ausdrücklich fest: Der 1. Vorsitzende Knoch war sozialdemokratischer Stadtverordneter. Das Vorstandsmitglied Albers, bis daß der Krach hereinbrach, Beamter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes; Syhr und Diez ebenfalls überzeugte Genossen.

Zu diesen Vertuschungsmanövern schreibt der „Stahlwarenarbeiter“, ebenfalls ein Genossenblatt in ehrlicher Enttäuschung: „Wozu diese Lüge und Doppeltzüngigkeit? Man möchte diese Frage aufwerfen, wenn man nicht wüßte, daß die Lüge bei der „Arbeiterstimme“ (offizielles Parteiblatt) zur zweiten Natur geworden ist und dank ihrer Erziehung das ganze sozialdemokratische Parteileben im Wahlkreise Solingen davon beherrscht wird.“

### Literarisches.

**Die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Deutschland.**  
 Unter diesem Titel ist soeben vom Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses eine Schrift herausgegeben worden, die einige wichtige Auslassungen des verfloßenen dritten deutschen Arbeiterkongresses in Berlin wiedergibt. Die Broschüre enthält: 1. die Eröffnungsansprache des Kongressvorsitzenden Abgeordneten Behrens; 2. den Bericht des Ausschusses an den Kongress; 3. den Vortrag über Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland von Redakteur S. Zoos (M.-Gladbach); 4. die Schlußrede des Kongressvorsitzenden Generalsekretärs Stegerwald (Cöln). Diese Abhandlungen bieten ein interessantes, übersichtliches Bild über die Entwicklung der sozialen Verhältnisse und der Arbeiterbewegung in Deutschland und zeigen, wie die christlich-nationale Arbeiterbewegung entstehen mußte und welche Stellung sie heute im öffentlichen Leben einnimmt. Die Schrift ist für den Massenabsatz bestimmt und wird zum Preise von 10 Pfg. an die Mitglieder der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen abgegeben. Im Buchhandel ist sie durch den christlichen Gewerkschaftsverlag, Cöln, Venloerwall 9 zum Preise von 20 Pfg. zu beziehen; der Betrag kann auch in Briefmarken eingeschickt werden.

#### Wahre oder falsche Volksfürsorge?!

Das ist die Frage, mit der sich der bekannte Reichstagsabgeordnete Franz Behrens in seinem im Verlage der Vaterländischen Verlags- und Kunstanstalt, Berlin SW. 61, erscheinenden Buche „Die deutsche Volksversicherung“ beschäftigt. Als Vorsitzender des Ausschusses des „Deutschen Arbeiterkongresses“ mit den einschlägigen Verhältnissen durchaus vertraut, beleuchtet der Verfasser die verschiedenen Strömungen auf dem Gebiete der Volksversicherung und gibt eine altentworfene Darstellung der Vorgänge, die zur Gründung der „Deutschen Volksversicherung“ geführt haben. Er kennzeichnet die sozialdemokratische „Volksfürsorge“, schildert die Vorarbeiten für eine nationale Volksversicherung, die vergeblichen Einigungsverhandlungen zwischen den verschiedenen Verbänden und Interessengemeinschaften und zeigt, daß erst durch Eingreifen der nationalen Arbeiterschaft eine deutsche Volksversicherung zustande kommen konnte: aus dem Volk, mit dem Volk, für das Volk! Auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Akten muß sich der bekannte nationale Arbeiterführer scharf gegen die Taktik des ostpreussischen Generallandschaftsdirektors Dr. Rapp wenden. Die Schrift greift mitten hinein in den Tageskampf um die Volksversicherung und wird ohne Frage auch in den parlamentarischen Verhandlungen dieses Winters viel beachtet werden. Sie übermittelt der Oeffentlichkeit eine Fülle bisher unbekannter Materials und bildet so eine Fundgrube für jeden Volksgenossen. Der Einzelpreis soll 0.80 Mk. betragen 100 Stück sollen 68. — Mk. kosten.

#### Verbandsmitglieder!

Das Verbandsorgan ist ein gutes Agitationsmittel. Werft die geleesenen Nummern nicht fort, sondern gebt sie den Untergangenen. Klärt diese auf und strebt unablässig darnach, immer mehr neue Mitglieder zu gewinnen.

#### Gedentafel.



Gestorben ist unser Kollege:  
**Josef Barmel**, Kranführer, Müllheim-Rhein.  
 Ehre seinem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann;  
 Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9.  
 Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Maxstr. 9.